

## **Paritätischer will Arbeitslose besser absichern**

**Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, fordert in der Ravensberger Spinnerei eine neue Einstellung zu arbeitslosen Menschen. In mehreren Schritten will er das Arbeitslosengeld und Hartz-IV grundlegend ändern**

Deutlich mehr Menschen sollen wieder Arbeitslosengeld I beziehen können, statt in die Mühlen von Hartz IV zu geraten. Dies ist eine der zentralen Forderungen im Konzept des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur "Neuausrichtung der Grundsicherung für Arbeitslose".

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, stellt Hartz IV ein vernichtendes Urteil aus. "Hartz IV hat gefloppt. Das System hält viel Elend bereit." Alleine 560 Millionen Euro hätten Hartz-IV-Empfänger 2017 bundesweit aus ihrem Regelsatz entnehmen müssen, weil die Jobcenter die Kosten der Unterkunft nicht mehr voll übernehmen, berichtet er.

So zahlten auch in Bielefeld rund 5.000 sogenannte Bedarfsgemeinschaften alleine im vergangenen Jahr zusammen fast 4 Millionen von ihrer Hilfe zum Lebensunterhalt zu, um in ihrer Wohnung bleiben zu können. Der Satz für die Mietkosten liegt seit 2005 unverändert bei 4,64 Euro pro Quadratmeter. Wer eine teurere Wohnung hat, ist auf das Wohlwollen des Jobcenter angewiesen oder muss selber zuzahlen. Die Paprika-Koalition hat vor kurzem endlich reagiert und angekündigt, die Richtlinien für die Übernahme der angemessenen Mietkosten zu überarbeiten. "Die Menschen in Bielefeld mit geringem Einkommen dürfen nicht noch weiter abgehängt werden." sagt Matthias Rotter, Kreisgruppengeschäftsführer des Paritätischen in Bielefeld. "Es müssen endlich spürbar mehr Mietkosten bei Hartz IV-Empfängern übernommen werden. Dass Paprika erst jetzt reagieren will, stellt der Sozialpolitik in diesem Punkt kein gutes Zeugnis aus".

Ulrich Schneider trug seine Kritik in der Ravensberger Spinnerei im Rahmen der Veranstaltungsreihe "stand.punkte" vor. "Hartz IV muss überwunden werden." erklärte er. Das Bild von Arbeitslosen als Drückebergern, denen man Beine machen muss, müsse durch ein Bild von Menschen, die Unterstützung brauchen, ersetzt werden. "Das ist vor allem eine Haltungsfrage." sagt Ulrich Schneider. Kurz gesagt: Sinnvolles fordern ist okay, überfordern aber nicht. Und – da ist der promovierte Pädagoge ganz unpädagogisch – "wir müssen Menschen auch mal in Ruhe lassen."

Er präsentierte eine Reihe von Punkten, die der Wohlfahrtsverband zur Zeit mit der Politik verhandelt. Dazu gehört, dass die Sanktionen weg sollen. "Über Sanktionen wird niemand in Arbeit integriert." Er fragt, woher die Jobcenter überhaupt das Recht nehmen, zu sanktionieren, wenn sie das Versprechen, in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, nur in den seltensten Fällen einlösen können? Die Sanktionen reichen weit unter das Existenzminimum. Im Extremfall erhält der Betroffene gar nichts mehr. "Was soll der Quatsch? Wir müssen aus dem ordnungspolitischen Kleinklein herauskommen!" empört sich Ulrich Schneider. Er fordert, sich auf die Hilfe und Vermittlung zu konzentrieren.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarkts. "Da gibt es immer die Kritik, ein zweiter Arbeitsmarkt habe den Effekt, dass Menschen in ihm verharrten. Da sage ich: Ja und?". Es brauche Arbeitsplätze, die den Menschen und ihren Möglichkeiten gerecht werden, inklusive pädagogischer Unterstützung und tariflicher Entlohnung.

Wichtig ist dem Paritätischen auch, dass wieder die Lebensleistung anerkannt wird. Dies soll ein Mindestarbeitslosengeld von 900 Euro leisten für diejenigen, die lange in die Sozialversicherung eingezahlt haben, aber so wenig verdienen, dass sie ihr Arbeitslosengeld nach dem bisherigen System aufstocken müssten. "Dies soll für alle zuvor Vollerwerbstätigen geschehen und zwar ohne Bedarfsprüfung." Zudem solle, zumindest am Anfang, nicht mehr jede Arbeit zumutbar sein.

Bedeutend für den Paritätischen ist es auch, das Arbeitslosengeld I wieder zu stärken. "Die Arbeitslosenversicherung ist eine Zwangsversicherung, doch nur 30 Prozent der Erwerbslosen bekommen überhaupt das Arbeitslosengeld I." sagt Ulrich Schneider. "Wenn wir diese Quote nicht wieder anheben, können wir die Arbeitslosenversicherung zumachen."

Weitere wichtige Themen sind ein Ende der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern und eine Kindergrundsicherung. "Wir gehen in kleinen Schritten vor und diskutieren mit der Regierung und den Parlamentariern." Dies sei der einzig mögliche Weg, um Hartz IV grundlegend zu ändern.